

## **Protokoll des Treffens am 30.6.16 mit Bürgermeisterin Rählmann u. Herrn Krause-Hettlage**

Die Gemeinde Mettingen ist vertreten durch:  
Bürgermeisterin Rählmann, Bauamtsleiter Krause-Hettlage

Die BI „Gesunde Luft - Gesunder Boden“ ist vertreten durch:  
G. Baune, H.-J. Jung, E. Kremp, O. Lohmann, Chr. Middendorf, Christ. Riedel,  
G. Wiedemann

Das Treffen ist eine Zusammenkunft ohne vorgegebene Tagesordnung  
Zeit und Ort: 17.00 - 18.00 Uhr, Rathaus

Thema ist vor allem die nicht vorhandene verkehrliche Erschließung für das Bauvorhaben Borchelt.

Herr Krause-Hettlage (KH) stellt fest, dass es die Gemeinde begrüßen würde, wenn sich die Landwirte Borchelt und Knuf hinsichtlich des Aaweges einigen würden, denn dies würde einen Verkehr Richtung Osten befördern. Allerdings könne Verkehr in westlicher Richtung nicht verhindert werden. Keinen Einfluss habe man außerdem auf die Fahrtstrecke des externen Verkehrs (Anlieferung etc.). Laut Planung seien täglich 3 Fahrten mit 30 t Ladung zu erwarten.

E. Kremp weist darauf hin, dass dies nur die zur Zeit schwersten zugelassenen Fahrzeuge mit einem Gesamtgewicht von 40 t leisten können. Von Seiten der BI wird Zahl der Fahrten angezweifelt. Eher wahrscheinlich seien mehr Fahrten mit kleineren Fahrzeugen.

Laut KH ist die Straßennutzung durch schwere Fahrzeuge statthaft, daher müssen die Straßen diesen Verkehr ermöglichen. Das bedeutet, dass die Nordstraße und die Nierenburger Straße dafür herzurichten sind. Auf Nachfrage von E. Kremp bestätigt KH, dass die Kosten für Reparaturen von der Gemeinde und den Anliegern aufzubringen sind.

KH legt die Zahlen einer Verkehrszählung auf der Nordstraße bei der Josef-Turnhalle vor. Das Gesamtverkehrsaufkommen ist 740 Fahrzeuge, davon 710 PKW und 30 längere Fahrzeuge (LKW, Busse, Fahrzeuge mit Anhänger). Der Kreis sieht die Erschließung als gegeben an und ist entschlossen, die Genehmigung für das Bauvorhaben Borchelt zu erteilen.

Seitens der BI wird klargestellt, dass eine Nutzung lt. Plan mit Verzicht auf die Nutzung vorhandener kürzerer und nicht geeigneter Wegstrecken unglaubwürdig ist. Die Nordstraße ist bereits jetzt durch den Bau des DRK-Heimes defekt. Auf die Frage, was geschehen würde, wenn sich der Landwirt nicht an die Planvorgaben hält, gibt KH keine Antwort.

Die Gemeinde will lt. KH von Borchelt einfordern, den nördlichen Weg (es ist unklar, ob Aaweg oder der private Schotterweg parallel dazu gemeint ist) für 40-Tonner auszubauen. Auch der Unterhalt soll auf seine Kosten erfolgen. Dies muss fertig sein, sobald der Stall genutzt werden soll.

Insgesamt sieht die Gemeinde die Erschließung noch nicht als gesichert an und verweigert daher nach wie vor ihr Einverständnis. Dabei erachtet sie den Aaweg beim Hof Knuf als nicht so wichtig wie den Bereich der Nordstraße bei den Schulen.

Nach Meinung von KH würde nach einer Einigung der Landwirte Borchelt und Knuf die neue Wegstrecke auch tatsächlich genutzt, da in Richtung Dreibauernstraße gefahren wird.

Bürgermeisterin Rählmann bestätigt, dass der externe Verkehr zunehmen wird, wenn der Stall gebaut wird. O. Lohmann bringt daher ein Durchfahrtsverbot für Schwerverkehr an den Schulen ins Gespräch. Dies ist aber lt. KH nicht durchsetzbar, wenn die Straße das aushalte. Dann könne auch kein Bus und kein Müllfahrzeug mehr die Straße nutzen.

O. Lohmann spricht das Fällen von Wald beim Anwesen Dingwerth an. Möglicherweise sei dies geschehen, um Voraussetzungen für eine UVP zu erfüllen. KH sieht es als Recht des Landwirts an, Bäume/Wald zu fällen. Es muss noch nicht einmal aufgeforstet werden, lediglich eine andere Nutzung ist ausgeschlossen.

Noch einmal wird der Aaweg beim Hof Knuf angesprochen. KH teilt mit, dass Knuf ihn kaufen wolle, aber das sei zur Zeit nicht aktuell. Die eventuelle Neuanlage des Weges bei Dingwerth müsse von Knuf bezahlt werden. Bürgermeisterin Rählmann betont, dass die Gemeinde zur Zeit kein Interesse an einem Verkauf des Aaweges habe.

E. Kremp weist nochmals auf den Widerspruch zwischen den im Plan angegebenen Fahrtwegen und der Nutzung durch 40-Tonner hin. KH bestätigt das.

H.-J. Jung spricht das übergreifende Problem „Landwirtschaft versus Wohngebiet“ an. Das Problem wird auch von KH gesehen, dabei sei das Geruchsproblem vor allem durch die Altbestände ausgelöst. Nur der Gesetzgeber könne dieses entschärfen. Der Architekt Feldhaus, der maßgeblich an Stallbauten beteiligt ist, habe bisher jede Maßnahme zur Linderung des Geruchsproblems im Namen seine Bauherren strikt abgelehnt.

G. Baune bedankt sich bei den Gemeindevertretern für dieses Gespräch.

Georg Wiedemann